



T +41 31 326 66 04
E urs.scheuss@gruene.ch

Bundesamt für
Umwelt (BAFU)

3003 Bern

per E-Mail an:

SekretariatBodenundBiotechnologie@bafu.admin.ch

19. Februar 2021

Änderung des Gentechnikgesetzes (Verlängerung des Moratoriums zum Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben die GRÜNEN für eine Stellungnahme zur Verlängerung des Moratoriums zum Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen eingeladen (Änderung des Gentechnikgesetzes). Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage zu äussern.

Die GRÜNEN begrüssen die Verlängerung des Gentech-Moratoriums um vier Jahre. Angesichts des weiterhin vorhandenen Unwissens gerade hinsichtlich neuer gentechnischer Verfahren schlagen die GRÜNEN vor, das Moratorium um acht Jahre oder auf unbestimmte Zeit zu verlängern, wie dies die WBK-N bereits 2016 vorgeschlagen hatte.

Die GRÜNEN betonen in diesem Zusammenhang, dass die neuen gentechnischen Verfahren selbstverständlich gleich wie die bisherigen zu behandeln sind. Die GRÜNEN lehnen eine Differenzierung zwischen alten und neuen Verfahren klar ab. Die GRÜNEN akzeptieren auch nicht das Argument, neue und alte Verfahren müssten unterschiedlich behandelt werden, weil der Nachweis bei neuen Verfahren schwieriger sei. Im Gegenteil zeigt dies, dass die Anwendung und Weiterentwicklung geeigneter international anerkannter Nachweisverfahren dringend nötig sind.

Weiter weisen die GRÜNEN darauf hin, dass ohne Gesetzesänderungen der Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) nicht umsetzbar ist. Jedoch sind alle Bestrebungen zur Erarbeitung einer Koexistenzregelung gescheitert. Erschwerend kommt inzwischen dazu, dass bei neuen Gentechnikverfahren das Wissen zur Risikobeurteilung, zum Nachweis und zum Monitoring ungenügend ist. Die Hinweise verdichten sich, dass eine Koexistenzregelung in der Schweiz gar nicht umsetzbar ist. Vom Saatgut über den Acker zum Verarbeiter bis zur Konsumentin und zum Konsumenten müsste die ganze Lebensmittelkette so getrennt werden, dass keine Kontamination entsteht. Gentech-Kulturen führen auf diese Weise zu mehr Kosten und bedrohen die Existenz unserer erfolgreichen Biolandwirtschaft.

Für den Anbau von Gentech-Pflanzen fehlt in der Schweiz zudem die gesellschaftliche Akzeptanz. Schon mehrfach hat sich gezeigt, dass die Bevölkerung Lebensmittel mit genveränderten Organismen (GVO) ablehnt.

Gentech ist auch keine Antwort auf die Klimakrise und den Biodiversitätsverlust aufgrund des Einsatzes von Pestiziden. Nichts deutet darauf hin, dass in naher Zukunft mit neuen gentechnischen Verfahren Pflanzen entwickelt werden könnten, die sich schneller an den Klimawandel anpassen und welche die Lebensmittelproduktion nachhaltiger machen würden. Das Wissen über Genome und ihre Funktionsweise ist unvollständig. Klimarelevante Eigenschaften, wie z.B. die Dürre-resistenz, werden von vielen Genen und Interaktionen gesteuert, die immer noch unbekannt sind. Für die Anpassung an den Klimawandel gibt es andere Wege, die sich bereits als viel wirksamer erwiesen haben, wie z.B. die Veränderung von Anbausystemen mit Methoden der Agrarökologie.

Die Saatgutbranche hat in wenigen Jahren einen extremen Konzentrationsprozess durchlaufen. Vier Firmen verkaufen mittlerweile über 60% des weltweiten Saatguts: Corteva (mit Dow, Du Pont), Chemchina (mit Syngenta), Bayer (mit Monsanto) sowie BASF. Diese Firmen sind die grössten Anbieter von GVO und gleichzeitig die grössten Verkäufer von Pestiziden. Mit Gentech stimmen sie Pflanzen und Pestizide aufeinander ab; es geht nicht darum, dass der Pestizideinsatz reduziert wird. Es ist daher illusorisch, dass der Einsatz von GVO zu einem geringeren Absatz von Pestiziden und zu weniger Biodiversitätsverlust führen wird.

Dazu kommt, dass mittels der Patentierung von Gentech-Pflanzen diese Unternehmen Einfluss auf die weltweite Lebensmittelproduktion nehmen. Das bedeutet für viele Länder einen massiven Eingriff in die Ernährungssouveränität. Für Landwirt*innen, die Gentech-Pflanzen benutzen, bedeutet ein Patent, dass sie das Saatgut jedes Jahr kaufen oder Lizenzgebühren zahlen müssen. Die Landwirt*innen verlieren das Recht, das Saatgut selbst zu vermehren und geraten in die Abhängigkeit der Konzerne.

Die GRÜNEN sind daher der Ansicht, dass die klassische Züchtung stark ausgebaut, modernisiert und auf die Ansprüche von agrarökologischen Systemen wie den Biolandbau ausgerichtet werden soll. Agroökologische Produktionssysteme wie Bio und IP müssen passende Sorten erhalten, um die notwendige Transformation des Landwirtschafts- und Ernährungssystems durchführen zu können.

Klimakrise und Biodiversitätskrise erfordern genau das Gegenteil von Gentech – nämlich eine konsequente Diversifizierung und Stärkung der Resilienz aller landwirtschaftlichen Systeme hin zu einem agrarökologischen Landwirtschaft- und Ernährungssystem, welches in der Lage ist, in dieser Krise zu bestehen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und bitten Sie, die Vorlage entsprechend anzupassen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Balthasar Glättli
Präsident



Urs Scheuss
stv. Generalsekretär

grüne / les verts / i verdi
waisenhausplatz 21 . 3011 bern . schweiz